

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 2,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbefreiungsbüchlein. Zustandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckfachporto 4,85 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungsweise und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
6. August 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. B. u. Disc.-Ges., Depositent., Jerusalemstr. 65-66

Fort mit der SA!

Tagung des Parteiausschusses. — Anträge der Preußenfraktion.

Der Parteiausschuh nahm am Freitag einen Bericht des Parteivorstehenden Wels über die politische Situation nach den Wahlen entgegen. In der anschließenden Debatte kam allgemein die ungeheure Empörung zum Ausdruck, die der systematische Terror der SA und das Versagen der zentralen Staatsorgane ihnen gegenüber in allen Teilen des Reiches hervorgerufen hat.

Der Parteiausschuh war einmütig der Ueberzeugung, daß die moralische Verantwortung für die terroristischen Bluttaten nicht nur bei den Führern der Nationalsozialisten liegt, die nach ihren fortgesetzten Drohungen und Aufforderungen zum Mord als die intellektuellen Urheber dieser Verbrechen bezeichnet werden müssen. Sie liegt auch in hohem Maße bei der Regierung des Reiches, deren Politik auf die Begünstigung der nationalsozialistischen Bewegung eingestellt ist. Auch das Vorgehen gegen die republikanische und verfassungstreue Regierung Preußens und die ängstliche Zurückhaltung gegenüber den Verstößen gegen Ruhe und Ordnung in Oldenburg, Braunschweig und Anhalt hat gezeigt, daß die Reichsregierung die versprochene Unabhängigkeit und Unparteilichkeit nicht besitzt.

Aus dieser Erwägung wurden vom Parteiausschuh die Möglichkeiten eines beim Versagen der Staatsgewalt einzusetzenden organisierten Selbstschutzes erörtert. Allgemein war die Ueberzeugung, daß die Entwicklung zu schwersten Folgen drängt, wenn die republikanisch gesinnte Bevölkerung nicht von Staats wegen ausreichend geschützt wird.

Die Forderungen der Landtagsfraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem es heißt, es müsse festgestellt werden, daß seit der gewaltsamen Beseitigung der geschäftsführenden Regierung in Preußen eine außerordentlich starke Zu-

nahme von Gewalttaten und Uebergriffen zu verzeichnen sei.

Die Zahl der politischen Morde sei ebenfalls seitdem außerordentlich gestiegen. Die Beteiligung der SA an diesen Vorkommnissen sei durch zahlreiche polizeiliche Feststellungen einwandfrei erwiesen. Die umfangreichen und zahlreichen Waffensunde in SA-Heimen und bei Angehörigen der SA, vom kleinen Revolver bis zum schweren Maschinengewehr und Panzerwagen ließen darauf schließen, daß in Zukunft noch mit einer Steigerung der Uebergriffe gerechnet werden müsse, wenn nicht endlich energisch durchgegriffen werde.

Der Reichskommissar soll in einem Landtagsbeschluss ersucht werden, seinen Einfluss bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, um die nationalsozialistische SA sofort aufzulösen, die SA-Heime sofort zu schließen sowie die stark bedrohte persönliche Freiheit führender Republikaner und Funktionäre republikanischer Organisationen und der Arbeiterbewegung wie auch die Einrichtungen dieser Organisationen mit allem Nachdruck zu schützen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags wendet sich weiter gegen die Reichsnotverordnung vom 20. Juli über die Absetzung der geschäftsführenden preussischen Regierung durch die Einsetzung des Reichskommissars. Der Antrag der Fraktion verlangt, daß der Landtag „auf das entschiedenste gegen dieses völlig ungesetzliche und verfassungswidrige Vorgehen“ protestiere. Neben der Aufhebung der Notverordnung soll der Landtag die beschleunigte Herbeiführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofs fordern.

Ein kommunistischer Antrag, der gleichfalls die Aufhebung der Notverordnung bezweckt, will ferner alle auf Grund dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen sofort rückgängig machen und einen Beschluss des Landtags herbeiführen, wonach kein Beamter oder Angestellter verpflichtet sein soll, den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Dienstbefehle nachzukommen.

Keine „Ordnung“ im Osten.

Aber der Kommissarius setzt weiter ab.

RB. Königsberg, 5. August. (Eigenbericht.)

Bei der Beerdigung des kommunistischen Stadtoverordneten Sauff wurden einige Kommunisten wegen Entrollens von Fahnen und Bildung geschlossener Marschkolonnen zwangsgestellt. Sie sind am Freitag vom Schnellgericht zu Geldstrafen zwischen 15 und 50 Mark verurteilt worden. Während der Verhandlung vor dem Schnellgericht war der Zuhörerraum mit bekannten Königsberger SS-Leuten gespickt, die sich bei dem Anruf der Angeklagten eifrig Namen und Adressen notierten. Nach der Verhandlung zog der Schupowachtmann, der als Hauptbelastungszeuge aufgetreten war, mit den SS-Leuten in das Bahnhofrestaurant.

Die Provinz wird durch Sprengstoffattentate und andere Anschläge weiter in Atem gehalten. In Johannsburg wurde in der Nacht zum Freitag auf das Warenhaus Heilmann ein Sprengstoffattentat verübt, durch das sämtliche Fensterscheiben zertrümmert wurden. Der Anlage nach vermute man, daß es sich um die gleichen Täter handelt, die auch in benachbarten Städten ähnliche Anschläge verübten.

In Lyß wurden durch Steinwürfe die Schaufenster mehrerer jüdischer Geschäftshäuser zertrümmert. Besonders hatten es die Täter auf das Haus der Firma Limberg u. Tschol und die Apotheke Frankenstein abgesehen. In die Apotheke wurde eine handgranate geworfen, die jedoch nicht freiprakte. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß die handgranate scharf war, die Sprengstoffe jedoch nicht explodiert ist.

In Tilsit wurden auf die Wohnung eines kommunistischen Funktionärs in der letzten Nacht 8 Revolvergeschosse abgegeben. Mehrere Schüsse drangen in das Schlafzimmer des Kommunisten ein. Die Täter entflohen mit einem Kraftwagen.

In Elbing wurden in der letzten Nacht zwei Nationalsozialisten von Kommunisten, mit denen sie in Wortwechsel geraten

waren, niedergestochen. Die beiden Verletzten wurden in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus geschafft.

Der Rücktritt des Oberpräsidenten Dr. Siehr und die Absetzung seines Stellvertreters, des sozialdemokratischen Vizepräsidenten Dr. Steinhoff, wird in der ostpreussischen Presse lebhaft diskutiert. Allgemein wird bis in die Kreise der gemäßigten Rechten bedauert, daß der Rücktritt des mit der Provinz verwachsenen und in zwölfjähriger Amtszeit politisch bewährten Oberpräsidenten zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo eingearbeitete Kräfte in den führenden Verwaltungsstellen notwendiger denn je sind. Zum Nachfolger des Vizepräsidenten Dr. Steinhoff ist der Oberregierungsrat Agricola ernannt worden, der enger Spezialist für agrarische Fragen und in weitesten Kreisen bisher unbekannt ist.

Die gewaltsamen Eingriffe in den empfindlichen Verwaltungsapparat müssen für die ordnungsmäßige Abwicklung der Regierungsgeschäfte natürlich verheerende Folgen zeitigen.

Fort mit der Milde!

Das Zaudern der „Reiniger“.

Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt, die Nachsicht und Milde gegenüber den nationalsozialistischen Terroristen müsse geradezu zu neuen Terrorakten antreiben und das Vertrauen im Volke restlos zerstören. Es scheint, als ob Hitler die Führung der SA täglich mehr aus den Händen glitte. Gerade einer Regierung, die in zahlreichen Kundgebungen dem früheren Kabinett Zauderpolitik vorgeworfen und in Preußen mit Methoden durchgegriffen habe, die als Verfassungsverletzung empfunden wurden, stehe das Zaudern der letzten Tage schlecht an. Die Regierung müsse handeln, sie dürfe unmöglich die Zustände sich so entwickeln zu lassen, daß nur noch die Ultima ratio Ordnung zu schaffen in der Lage wäre.

Ende des Rechtsstaats.

Parteijustiz als „deutsches Recht“.

Zwei Meldungen vom gleichen Tage: das von Republikanern gesäuberte Königsberger Polizeipräsidium meldet, daß der Anschlag auf das Gewerkschaftshaus vom 1. August sowie fünf weitere Brandstiftungen geklärt sind. Die Täter sind je 8 bzw. je 11 Leute von nationalsozialistischen SA-Sturm Nr. 12.

Aus Braunschweig wird berichtet, daß zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten eine Einigung dahin zustande gekommen ist, SA-Leute und Stahlhelmer paritätisch zu einer Hilfspolizei zu machen. In Oldenburg hat der nationalsozialistische Minister Köber bereits einige hundert SA-Leute als Notpolizisten eingestellt.

Dieselbe Organisation also, deren Angehörige an dem einen Ort in Deutschland in geschlossenen Formationen Brandstiftungen, Landfriedensbruch und Attentate begehen, sie soll an anderen Stellen Deutschlands als Hilfspolizei — ja was? — sie soll als Hilfspolizei für den Schutz des Lebens und Eigentums der friedlichen Bürger sorgen! Wenn so etwas in einer Postleiste vorläge, würde man es als den üblichen Theaterblödsinn belächeln. Aber in Deutschland ist diese Postleiste Wirklichkeit: man stellt sozusagen Brandstifter an zur Verhütung von Bränden, man beordert Totschläger zur Verhinderung von Morden, Landfriedensbrecher werden für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung angestellt — und bezahlt!

Der preussische Kommissar Bracht hat eine Statistik der Gewalttätigkeiten herausgegeben, die sich während sechs Wochen — vom 1. Juni bis 20. Juli — in Preußen abgespielt haben. Wir halten diese Statistik nicht für zuverlässig. Aber immerhin — selbst Brachts Statistik bezeichnet bei rund 300 Terrorakten in 75 Fällen, also in rund einem Viertel, SA-Leute als die Angreifer. Das ist das Menschenmaterial, dem in gewissen Teilen Deutschlands der anständige und ehrenwerte Staatsbürger künftig als der Obrigkeit parieren soll. Wirklich etwas viel verlangt!

Aber der Appetit steigt mit dem Essen. Ist man schon einmal dabei, die unpolitische Beamtenpolizei, die nur dem Befehl gehorcht, durch die auf Hitlers Kommando hörende braune Armee zu ersetzen, so bleibt von da bis zur völligen Beseitigung des Rechtsstaates nur noch ein kleiner Schritt. Unsere Frage, wie es denn in Zukunft mit dem gleichen Recht stehen solle, hat in der Rechtspreffe die zynisch offene Antwort ausgelöst, daß man Rechtsgleichheit beseitigen will! Hitlers Organ, der „Völkische Beobachter“, prägt den unzweideutigen Satz:

„Es kommt auf die Gesinnung und nicht auf den Tatbestand an.“

Das ist die klare Verneinung jeden Rechtes. Dringt zum Beispiel jemand nachts in die Wohnung eines Regierungspräsidenten ein und knallt diesen nieder, wie das in Königsberg geschah, so muß nach dem „Rechtsstandpunkt des „Völkischen Beobachter“ zunächst die politische Gesinnung des Täters erforscht werden; ist er ein Nazi, so hat man ihn freizusprechen, ist er ein Linksstehender, so ist er an die Wand zu stellen oder aufzuhängen!

Man glaube nicht, daß es sich hier um ein zufällige Entgleisung handelt. Die nicht einmal offiziell nationalsozialistische „Deutsche Zeitung“ schreibt in genau dem gleichen Sinne wie Hitlers Organ:

„Wenn der „Vorwärts“ im gleichen Zusammenhange heuchlerisch von der „grundsätzlichen Frage des gleichen Rechts aller Staatsbürger vor dem Gesetz“ spricht, so muß nach den obigen Feststellungen bei der selbstverständlichen Anerkennung dieses Grundsatzes für die Rechtspflege doch gesagt werden, daß im Staatsleben endlich mit einer Auffassung gebrochen werden muß, die den international-marginalen Staatsfeinden die gleichen Rechte gewährt wie den nationalen Kräften.“

Auch Goebbels „Angriff“ stellt sich auf diesen Standpunkt, nur daß er in seinem Kaschemmenton noch entsprechend drastischer wird:

„Wir wollen dem sozialdemokratischen Schreiberling eine klare und unmißverständliche Antwort geben: Wer das Recht für sich fordert, als Staatsbürger behandelt zu werden, der muß sich auch dementsprechend benehmen. (1) Ein verkommenes und verlumptes Verbrecherpaar, das sich von marginalen Rordhejeren zu den brutalsten Bluttaten aufputschen läßt, das sich mit Dolch und Revolver bestückt und Bluttat auf Bluttat, Mordmord auf Mordmord häuft, kann selbstverständlich nicht mehr den Anspruch erheben, als Staatsbürger des

Severing und die Schutzpolizei.

Ergänzende Randbemerkungen zu einer Äußerung
Strefemanns.

Von Victor Schiff.

Die nachstehenden Zeilen waren schon vor der Gewaltaktion vom 20. Juli gegen Preußen geschrieben, mußten dann infolge der seitherigen Ereignisse und der dadurch bedingten Raumverhältnisse zurückgestellt werden. Sie berühren natürlich nur einen kleinen Teil des Kampfes, den Genosse Severing um die Rechte und das Ansehen der Schutzpolizei jahrelang geführt hat.

In dem zweiten Band von „Strefemanns Vermächtnis“, dem im Verlag Ullstein erschienenen Nachlaß des verstorbenen Reichsaußenministers, befindet sich auf Seite 201 eine Stelle, die nicht meiner Person, sondern der Sache wegen einer Erläuterung und Ergänzung bedarf. Es heißt da mit Bezug auf eine Unterredung zwischen Strefemann und Chamberlain in den letzten Tagen vor dem Abschluß des Rheinpactes:

„Ich habe ihm (Chamberlain) damals besonders auch die Berücksichtigung der deutschen Polizeifrage ans Herz gelegt, nachdem Schiff vom „Vorwärts“ sich darüber beschwert hatte, daß wir auch die Titelfrage nach nicht vorgebracht hätten. Chamberlain selbst hat auf meine Beispiele in der nächsten Zusammenkunft zurückgegriffen.“

In dieser knappen Darstellung könnte es scheinen, als ob ich mich Strefemann gegenüber einer bloßen Unverschämtheit wegen eingelegt hätte. Der Tatbestand ist aber doch wesentlich anders:

In jener Zeit standen noch verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der von Deutschland geforderten Beendigung der interalliierten Militärkontrolle offen. Dazu gehörten namentlich gewisse Forderungen der Militärkontrollkommission hinsichtlich der Schutzpolizei. Unter anderem verlangte die Entente kategorisch, daß die Offiziere und Beamten der Schutzpolizei keine militärischen Rangbezeichnungen mehr führen dürften, weil das angeblich dazu beitrug, der Polizei einen friedensvertragswidrigen Charakter zu geben. Also nicht mehr Wachtmeister, Oberwachtmeister, Leutnants, Hauptleute usw. sollte es bei der uniformierten Polizei geben, sondern nur noch rein zivile Bezeichnungen.

Der preußische Innenminister Genosse Severing, der bereits 1920 bei der Konferenz von Spa die Beobachtung hatte machen können, daß die Reichsbehörden auf internationalen Konferenzen die Interessen der Schutzpolizei keineswegs so energisch wahrzunehmen bemüht waren wie die Belange der Reichswehr, war nicht ohne gute Gründe besorgt, daß man gerade in diesem Falle den Forderungen der Gegenseite nicht den nötigen Widerstand entgegensetzen würde. Nun hätte die Preisgabe der militärischen Rangbezeichnungen der Schutzpolizei nicht zu unterschätzende disziplinäre, moralische und damit innerpolitische Nachteile zur Folge gehabt. Namentlich die Offiziere der Schutzpolizei, die immer von den Reichswehroffizieren etwas von oben herab betrachtet worden sind, hätten sich in ihrer öffentlichen und gesellschaftlichen Stellung moralisch noch mehr zurückgesetzt gefühlt, wenn sie fortan ihrer früheren Rangbezeichnungen entkleidet worden wären. Angesichts der Tatsache, daß gerade unter den Offizieren und Beamten der preußischen Schutzpolizei die große Mehrzahl sich loyal auf den Boden der demokratischen Verfassung gestellt und sich als zuverlässige, zum Teil sogar als aktive Republikaner erwiesen hatte, wäre eine solche Zurücksetzung auch innerpolitisch bedenklich und bedauerlich gewesen.

Bei den Verhandlungen in Locarno sollte auch diese Frage diskutiert und entschieden werden. Um die Erfolgsaussichten seines Standpunktes zu vergrößern, bat mich nun Genosse Severing vor meiner Abreise nach Locarno, wohin ich als Berichterstatter des „Vorwärts“ fuhr, den Genossen Vandervelde, der damals als Außenminister Belgiens in diesen außenpolitischen Beratungen einen starken Einfluß vor allem auf Briand ausübte, über unsere Spezialwünsche bezüglich der Polizei zu informieren und seine Unterstützung zu gewinnen. Ich vereinbarte mit Severing, daß er mir nach Locarno einen Brief nachsenden würde, in dem alle seine Gründe ausführlich dargelegt wären. Diesen Brief würde ich dem Genossen Vandervelde als Unterlage für seine weiteren Schritte bei Briand übergeben.

So geschah es auch. Vandervelde sah die Bedeutung der Angelegenheit, insbesondere von unserem republikanischen Gesichtspunkt aus, sofort ein und vertrat unsere These in einem Privatgespräch mit Briand. Am nächsten Tag teilte mir jedoch Genosse Vandervelde mit, Briand hätte ihm etwas ironisch geantwortet: „Das mag ja alles ganz richtig sein, aber das kann doch nicht so wichtig für Deutschland sein, denn Herr Strefemann, mit dem ich vorhin alle noch schwebenden Entwaffnungstreiffragen durchgesprochen habe, hat diesen Punkt überhaupt nicht erwähnt.“

Sofort ging ich zu Strefemann und machte ihm in der Tat etwas erregte Vorwürfe darüber, daß in einer Sache, in der bereits durch die Fürsprache Vanderveldes bei Briand ein Erfolg des deutschen Standpunktes ziemlich wahrscheinlich wäre, infolge dieser Unterlassung die Interessen der preußischen Schutzpolizei wieder gefährdet worden seien. Strefemann erklärte sofort sehr loyal, er gebe zu, daß das ein bedauerliches Versehen von ihm gewesen sei. Er begründete es — übrigens sicher mit Recht — mit der Ueberfülle von Einzelfragen, über die er in diesen Tagen mit den Staatsmännern der Gegenseite zu verhandeln gehabt hätte, und er versprach mir, die Sache bei der ersten Gelegenheit nachzuholen. Das tat er auch noch vor Schluß der Konferenz, erhielt die grundsätzliche Zustimmung von Chamberlain und Briand, und einige Zeit danach verzichtete die Botschafterkonferenz offiziell auf die geforderte Abschaffung der Offizierstitel bei der Schutzpolizei.

Diese Aufklärung dürfte in der heutigen Zeit schon deshalb nicht unwichtig sein, weil sie an der Hand eines bestimmten Beispiels beweist, wie sehr die preußische Staatsregierung unter Carl Severing immer für die Interessen der Schutzpolizei eingetreten ist.

Grenzen der Gastlichkeit. In Deutschösterreich heißt man Reichsdeutsche stets willkommen; sie müssen sich nur anständig benehmen. Terrorherrscher gegen Andersdenkende und Leute, die den Staat Deutschösterreich oder seine Einrichtungen beschimpfen, sind auszuweisen. Das hat man soeben der Polizei in Erinnerung gebracht. Am 12. September soll Hitler in Wien auftreten.

Die amerikanischen Kriegesflieger, die jüngst aus Washington durch Gas und Beschichtung vertrieben worden sind, haben jetzt in Johnstown (Pennsylvanien) die Auflösung ihrer „Armee“ beschlossen.

Die gekränkte Unschuld.

Der Polizeibericht stellt die hervorragende Beteiligung des SA-Sturms Nr. 12 an den Brand- und Bombenattentaten in Königsberg fest.



Goebbels: „Sturm 12? — Behe, wenn die Stroche in den Redaktionsfaschemmen der Linksjournalle behaupten, daß wir das gewesen sind!“

Wählereinfuhr über die Grenze.

Braune Marschkolonnen nach Bayern.

München, 5. August. (Eigenbericht.)

Eine nähere Prüfung des Ergebnisses der Reichstagswahl in Bayern hat jetzt ergeben, daß durch viele Zehntausende von außerbayerischen Stimmen das Wahlergebnis in Bayern zugunsten der Hasenkreuzler stark beeinflusst worden ist. Das war nicht nur in den Kurorten des bayerischen Hochlandes der Fall, sondern auch im nördlichen Franken durch eine Invasion aus Mitteldeutschland. Auf Grund von Berichten ihrer Vertrauensmänner teilt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz dazu folgendes mit:

„Die Nationalsozialisten sind in Riesenkolonnen über die fränkische Grenze aus Mitteldeutschland eingedrungen. Sie waren uniformiert, selbstaufständig ausgerüstet und auf mehrere Tage mit Proviant versorgt. Weiße Gebiete Frankens gingen am Wahltage einem Heerlager, aus dem strahlenförmig die Anmarschrichtung auf Nürnberg deutlich zu erkennen war. Da war ganz zweifellos mehr beabsichtigt, als nur eine Wählereinfuhr. Private und behördliche Erhebungen sind im Gange, so daß wohl in nächster Zeit klarer erkennbar wird, was beabsichtigt war.“

In diesem Zusammenhang muß an die SA-Untriebe in der Nacht zum 14. März erinnert werden, in der die Hasenkreuzler in vielen Orten Bayerns Vorbereitungen getroffen hatten, um einen Sieg Hitlers bei der ersten Reichspräsidentenwahl entsprechend auszunützen. Durch die amtlichen Veröffentlichungen der bayerischen Regierung hat die Öffentlichkeit hinterher einigen Einblick in die Umsturzpläne der Hitlerarmee bekommen.

Verantwortung, nicht „Macht“!

Bayerische Volkspartei zur Regierungsbildung.

Nürnberg, 5. August.

Das „Bamberger Volksblatt“, das Organ des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, Prälaten Reich, nimmt zur Regierungsbildung wie folgt Stellung.

Der Wille des Volkes geht eindeutig dahin, daß die NSDAP, als stärkste Partei nunmehr dem auf sie treffenden Anteil an der Verantwortung zu übernehmen habe. Das deutsche Volk will nicht haben, daß Hitler die Macht in Deutschland er-

greift, sondern daß Hitler endlich im Rahmen der Verfassung die Verantwortung übernimmt. Die Bayerische Volkspartei hat keinerlei Interesse und Sehnsucht, in eine solche Regierung einzutreten, sie wird aber gegen diese Regierung

unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß sie auf dem Boden der Verfassung steht,

eine durchaus sachliche Haltung einnehmen. Niemand im Lager der Bayerischen Volkspartei hindert Hitler an der Übernahme der Verantwortung, im Gegenteil, die konservative Mitte fordert diese auf das dringendste. Einem Versuche freilich, die verantwortliche Stellung zu Verfassungsexperimenten oder gar zum Verfassungsbruch zu mißbrauchen, würde die Bayerische Volkspartei

entschlossensten Widerstand

entgegensetzen. Eine Fraktionsgemeinschaft oder gar eine Vereinigung mit dem Zentrum kommt heute weniger denn je in Frage.

Damm gegen die Hitler-Welle.

Der Wahlausgang in Hessen.

Wie wir bereits berichteten, ist die Rechtsmehrheit in den Ländern Oldenburg, Mecklenburg und Anhalt durch den Ausgang der Reichstagswahlen nicht bestätigt worden. Im Freistaat Hessen, wo im Juni der Landtag neugewählt wurde, hat das Ergebnis der Reichstagswahl ebenfalls eine Korrektur zu Gunsten der Linken ergeben. Zur Zeit stehen sich 35 : 35 Abgeordnete im Hessischen Landtag gegenüber.

Nach dem Ergebnis der Reichstagswahl würden heute 32 Abgeordnete der Rechten (30 Nazis, je 1 Deutschnationaler und volksparteilicher Vertreter) insgesamt 38 Abgeordneten gegenüberstehen, von denen 19 zur Sozialdemokratie, 7 zur KPD, 11 zum Zentrum und 1 zur SA gehören. Obwohl die Nazis nochmals 38 000 Stimmen gewannen, gingen sie prozentual jedoch von 45 Proz. auf 42,7 Proz. zurück. Dagegen konnten unsere Genossen ihre Stimmen gegenüber der Landtagswahl im Juni um rund 49 000 (d. h. etwa 28 Proz.) erhöhen.

Zur gestrigen Berufungsverhandlung waren die Nebenkläger persönlich nicht erschienen; sie ließen sich durch Rechtsanwalt Dr. Schönbeck vertreten. Der Angeklagte hatte sich außer seinem Verteidiger aus der ersten Instanz, Dr. Hensel, aus München noch den Rechtsanwalt Dr. Jung verschrieben.

Das Gericht beschloß die Verhandlung zu vertagen und zu der nächsten Verhandlung die Nebenkläger formell zu laden.

Der ungarische Galgenkurs.

Ministerpräsident Graf Karolvi bestätigt ihn.

Budapest, 5. August.

In der Sitzung der Einheitspartei erklärte Ministerpräsident Karolvi u. a., daß das Standrecht von gewisser Seite im In- und Ausland falsch eingeschätzt werde. Es werde versucht, den Anschein zu erwecken, als ob die Regierung das Standrecht zur Unterdrückung ihrer unangenehmer politischer Meinungen verhängt habe. Ungarn habe vor nicht zu langer Zeit einen Minderheitenterror durchgemacht. Die Propagierung ähnlicher Dinge könne unmöglich einfach als politische Meinungsäußerung bezeichnet werden. Er werde jedes Mittel anwenden, um eine Wiederholung dieses Minderheitenterrors zu verhindern.

Mit dem „Minderheitenterror“ meint Karolvi sichtlich die Räterépublik, die 1919 als Reaktion auf den unerträglichen Druck der Siegermächte ausgerichtet wurde; den gräßlichen weißen Terror, der hunderte Menschen gemartert und gemordet hat, verweist der „Herr fgl. Ministerpräsident“ um so weniger, als die Hinrichtung Fürsts und Szallais nur ein Akt dieses weißen Terrors war. Die Anwendung des Standrechts, das wegen des weingardistischen Eisenbahnattentäters verhängt wurde, gegen diese zwei Propagandisten ist und bleibt ein bewußter und gewollter Suizidmord.

„Vorstoß“ der Verleumdung.

Eine Ehrabschneidung vor Gericht.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte den Herausgeber Fischer der Zeitschrift „Vorstoß“, im Hauptamt Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, wegen formaler Beleidigung zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Anonymus Peter v. Vehr gefiel sich in einem Schmähartikel „Bonzen und ihr Einkommen“ darin, führende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei der „Inneren Korruption“ zu bezichtigen. Es wurde behauptet, daß die Genossen Wiffel, Dr. Herz, Stücklen und Roste als delegierte Aufsichtsratsmitglieder verschiedener Aktiengesellschaften Zehntausende einsteckten, und zum Schluß hieß es, „sie predigen öffentlich den Sozialismus, suchen aber heimlich ihre politische Machtstellung auszunützen, um als Parasiten des Staates und der Wirtschaft sich ein möglichst großes arbeitsfreies Einkommen auf mehrere Jahre zu sichern“.

Die in der ersten Instanz als Zeugen vernommenen Genossen Wiffel, Dr. Herz, Stücklen und Roste erklärten unter ihrem Eide, daß sie von ihrer Aufsichtsratsmitgliedschaft auch keinen Pfennig für sich erhielten. Trotzdem verneinte das Gericht den Tatbestand der üblen Nachrede. In der Urteilsbegründung hieß es, daß laut heutiger Anschauung die vom Verfasser aufgestellten Behauptungen keinen Vorwurf der sittlichen und sozialen Minderwertigkeit darstellen. So urteilte das Gericht, abgesehen in dem Schlußsatz des Urteils die Absicht der Verächtlichmachung klar auf der Hand lag.

Herrn Fischer waren aber selbst die 500 Mark Geldstrafe zuviel. Er legte gegen das Urteil Berufung ein. Auch die Staatsanwaltschaft und die Nebenkläger gaben sich mit dem Urteil erster Instanz nicht zufrieden. Sie blieben bei ihrer Ansicht, daß hier üble Nachrede vorliegt.

Der Schulbrandstifter verhaftet. Geständnis eines Nervenkranken. — 26 Fälle zugegeben.

Durch die Aufmerksamkeit einer Kindergärtnerin ist gestern nachmittag der Schulbrandstifter, der Berlin seit Monaten beunruhigte, auf frischer Tat festgenommen worden.

In der Gipsstraße, im Norden Berlins, befindet sich ein Kinderheim. Gestern nachmittag bemerkte eine Kindergärtnerin in dem Bücherzimmer verdächtige Geräusche.

Insgesamt hat M. 26 Brandstiftungen in Schulen, Kinderhorten und in einem Fall sogar in der katholischen St. Antonius-Kirche auf dem Gemüßen.

Unterfuchung ergeben. Die Serie der Brandstiftungen begann am 18. Juni im Norden Berlins, wo in der Ruhepflanzstraße ein Klassenzimmer nahezu ausbrannte.

Das Branddezernat des Polizeipräsidiums hat einen großen Anteil an der Festnahme des Brandstifters, denn auf Grund langwieriger Beobachtungen konnte eine ziemlich genaue Personenbeschreibung erlangt werden.

Razzia in der Dirdsenstraße.

Im Umkreis der Pfandkammer in der Dirdsenstraße, wo sich täglich eine Anzahl von wilden Händlern und dunklen Elementen verammelt, um dort einen schwunghaften Straßenhandel zu treiben, wurde heute vormittag gegen 11 Uhr durch ein größeres Aufgebot von Schutzpolizeibeamten — auf Grund von Beschwerden der Anwohner — eine plötzliche Razzia durchgeführt.

Hyänen neppen Arbeitslose.

Winkeladvokaten nehmen ihnen die letzten Groschen ab.

Die begreifliche Erregung über die Kürzung der Unterstützungsfür und die Unkenntnis des Arbeitslosen über den Rechtsweg rufen unlautere Elemente zu ihren unsauberen Geschäften aus.

In gut besuchten Lokalen in allen Gegenden der Stadt haben sich „Winkeladvokaten“ niedergelassen, die gegen Entgelt für die Arbeitslosen Einsprüche gegen die Herabsetzung der Unterstützungshöhe schreiben.

Die Arbeitslosen können nicht dringend genug davor gewarnt werden, solchen Elementen sich anzuvertrauen. Die Ausgabe für derartige Einsprüche ist bestimmt zwanglos.

dem ihm der Bescheid über die Kürzung oder Entziehung zugegangen ist. Ueber Form und Inhalt des Einspruchs gibt es keine Bestimmungen. Es genügt vollkommen, wenn der Arbeitslose auf seinem Arbeitsamt ein an den Spruchauschuss des Arbeitsamtes gerichtetes Schreiben abgibt, in dem er gegen die Kürzung oder Entziehung Einspruch einlegt.

Der teuer bezahlte und in grober Form gehaltene Einspruch des Winkeladvokaten ändert an diesem Verfahren gar nichts.

Im Naturtheater Friedrichshagen findet am Sonntag, dem 7. August, zum letztenmal die Aufführung von Grillparzers „Des Meeres und der Liebe Wellen“ zu vollständigen Breiten statt.

Jugendhilfe in Not.

Die Arbeit des deutschen Archivs für Jugendhilfe.

Das deutsche Archiv für Jugendhilfe wurde im Jahre 1923 unter Führung des Reichsministeriums des Innern gegründet. Es faßte die Archive und Auskunftsstellen der Deutschen Zentrale für freie Jugendwohlfahrt, des Ausschusses der deutschen Jugendverbände und des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht zusammen.

Sein Zweck ist die Unterhaltung einer Sammel-Arbeits- und Auskunftsstelle für die gesamte Jugendwohlfahrt und Jugendbewegung Deutschlands. Das Archiv hat sich mit Nachdruck gegen den Abbau der ohnehin nicht genügenden Jugendhilfe wenden müssen, da die wachsende Not der Jugend viel mehr eine Erhöhung der Jugendwohlfahrt erfordert.

Um die Feststellungen auf einem besonders wichtigen Gebiet herauszunehmen: die Schließung von Kindertagesstätten macht sich verhängnisvoll bemerkbar. Da die Unterhaltung von solchen Tagesstätten, von Spielungen und Erholungsfürsorge keine gesetzliche soziale Verpflichtung der betreffenden öffentlichen Wohlfahrtsträger ist, setzte hier der radikale Abbau dieser Ausgaben zuerst ein.

Die freie Wohlfahrtspflege ist aber nicht in der Lage, diese Institutionen aus ihren mehr denn je in Anspruch genommenen Mitteln wiederaufzubauen.

Schwierige Flugzeuglandung.

Auf der Fahrt nach Berlin ein Rad verloren.

Durch die Geistesgegenwärtigkeit und Geschicklichkeit eines Flugzeugführers ist gestern ein Flugzeug bei der Landung in Tempelhof vor großem Anseh bewahrt worden.

Um 13.30 Uhr war in Leipzig die Maschine C. H. 166, die einer Schweizer Firma gehört, mit sieben Insassen, einem Bordfunker und dem Piloten Ufermann gestartet. Kurz nach dem Abflug löste sich ein Rad und stürzte in die Tiefe.

Nachwanderung durch die verlassenen Winkel Alt-Berlin. Die nächste Wanderung veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg am Mittwoch, dem 10. August, unter Leitung Georg Hambergers.



Oskar Wöhrlé Jan Hus. Der letzte Tag

Diese Worte haben ihr wunderbar weh getan. Doch es waren Worte von ihm! Darum taten sie wohl, selbst wenn sie bis auf den Tod verwundet. Aber sie hatte in jenem Augenblick ja gar nicht die Zeit, den Sinn seiner Worte bis zu Ende zu denken!

Er hatte wie ein Kind geweint, als er von ihr das Ende seines Freundes Hus erfuhr. Da, beim Bericht über Jans Todeschrei, hatte er sein gepanzertes Herz abgetan und war wie ein weidwundes Tier an ihre bergende Brust gekrochen.

Ihr die Seele schlimmer als mit Feuer gepeinigt. Die Sterbensqual des Jan Hus war in einigen Minuten zu Ende. Ihre Qual dagegen wird dauern, solange noch ein Atemzug in ihren Lungen ist!

Hus! Jizkas Seele hat für nichts anderes Raum! Hus! Was für ein Herenmeister ist doch dieser Mann gewesen, dieser bleiche, abgekehrte Magister!

Luzia schwankt. Soll dieser wehende Rebel ein Zeichen sein? Soll auch sie den Schleier nehmen und der Welt, von der sie so grauam enttäuscht wurde, den Rücken kehren?

Herrn des Himmels gehören. Denn stärker als Himmel und Welt, gewaltiger als Gottesmacht, lebt in ihr dieser Mann, der sie an seinem Herzen gehalten.

Und doch, sie spürt, sie kann nicht den Weg in das bisherige Leben zurück. Zu tief hat das erste Erlebnis ihres Herzens die Mauer des Herkommens und des Gewohnten zerprengt.

Wieder flüchtet sie sich an Jizkas breitatmende Brust. Wieder hört sie des Hus-Juges Saufen und Brausen, das Gewirr der unzähligen, in Todsehnsbegier sich dippenden Stimmen.

Luzia blickt auf und sieht über Jizkas stählerner Schulter im Fenster das furchtbare Gesicht Jatus, des Ausfahigen, als einziger gesunder Fied ein Auge im vereiterten, säumniszerreiffenen Antlitz.

Luzia steht auf. Keine Minute länger will sie ihre Berufung versäumen. Sie sucht das Stieghaus, aber sie tappi in der Irre im Dämmer des Rebels.

Erster Schultag.

Vorüber sind die schönen Tage, vorüber die großen Ferien. Der erste Schultag wurde natürlich redlich ausgenützt, um Ferienerlebnisse auszutauschen. Spiel war während der Freizeit Nebensache; man sah nur Gruppen in angeregter Unterhaltung.

Lebhafte Meinungsverschiedenheiten gab es darüber, wo es am schönsten war. „Ach, es geht doch nichts über die See“, sagten die einen. „Es gibt nichts Herrlicheres als das Gebirge“, meinten die anderen. „Am schönsten ist es aber in der Heide“, urteilte ein zwölfjähriges Mädchen, dem eine gleichaltrige Schulkollegin entgegenkam: „Nein, am aller schönsten ist es in einem Dorf.“ Nicht einverstanden mit all diesen Urteilen war ein achtjähriges Mädchen, das meinte: „Am schönsten war es die fünf Wochen bei meiner Großmutter im Wedding.“ Diesen Meinungsverschiedenheiten machte eine Zwölfjährige ein Ende, die ihr Urteil dahin abgab: „Es ist überall schön.“ Das Kind hat nicht ganz unrecht. Der Mensch muß nur für alles Schöne Sinn und Verständnis haben und dafür empfänglich sein. Regere Gedankenaustausch fand auch über das Körpergewicht statt. Da hat ein schwächlich aussehendes Mädchen sechs Pfund zugenommen — und ihr Auge strahlte vor Freude. Nicht minder groß aber war die Freude eines anderen zwölfjährigen Mädchens, das neun Pfund abgenommen hat. Die kann es vertragen! Denn sie wiegt mit ihren zwölf Jahren jetzt noch 111 Pfund!

Viel fröhlich lachende, sorglose, in der Erinnerung schwelgende Jugend gab es gestern noch in den Berliner Schulen.

Stiefbruder und Stiefschwester.

Sittlichkeitsbergehen gehören nicht vor das Schnell-schöffengericht.

An dieser Stelle ist wiederholt erklärt worden, daß Sittlichkeitsvergehen nicht vor das Schnell-schöffengericht gehören. Die Richtigkeit dieser Behauptung fand neulich in einer Verhandlung eine schlagende Illustration.

Der 22jährige Bäcker M. ist uneheliches Kind. Sein Vater, ein Kaufmann, hat mit Selbstmord geendet, sein Großvater ist in der Irrenanstalt gestorben. Er wurde von den Großeltern aufgezogen. Im Alter von 21 Jahren, also im Jahre 1925, kam er nach Berlin zur Mutter. Sie hatte unterdessen den verwitweten Pflegevater ihres zweiten unehelichen Kindes geheiratet. Der 21jährige Hans lernte erst jetzt seine 16jährige Stiefschwester Gertrud kennen, ein geistig zurückgebliebenes Mädchen. Zwischen den jungen Leuten entwickelte sich ein Liebesverhältnis. Hans aber hatte Gewissensbisse; der Mutter fiel sein verändertes Wesen auf, im Jahre 1926 unternahm er kurz hintereinander zwei Selbstmordversuche. Im Jahre 1927 wurde Gertrud schwanger. Die Mutter war außer sich, die Tochter schenkte ihr reinen Wein ein. Hans mußte aus dem Hause, das Kind wurde von fremden Leuten adoptiert. Die strafbaren Beziehungen der beiden jungen Leute blieben das sorgsam gehütete Geheimnis der Familie M. Das Verhältnis zwischen Mutter und Sohn wurde aber mit der Zeit immer schlechter. Als die Mutter im Februar d. J. einen Herzanzusammenbruch erlitt und in die Irrenanstalt Herzberge gebracht werden mußte, zog Hans wieder zur Schwester. Der Vater war inzwischen gestorben. Die verdorbenen Beziehungen wurden neu aufgenommen. Als die Mutter heimkehrte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und zu Täuschlichkeiten. Nun erstattete die Mutter Anzeige wegen Unterschande und Körperverletzung. So standen Stiefschwester und Stiefbruder, der letztere aus der Haft vorgeführt, vor Gericht. Der erste Eindruck von ihm war, das ist kein geistig normaler Mensch. Die außerordentliche Geistesbeschränktheit der Gertrud lag außer Zweifel. Sie wollte sich der Strafbarteit ihrer Handlungen nicht bewußt gewesen sein. Er erklärte zu wissen, daß er bestraft werden müsse. Der Staatsanwalt äußerte im Plädoyer seine Bedenken, ob es nicht richtig wäre, beide Angeklagten auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen. Er berief sich dabei auf den Bericht der Sozialen Gerichtshilfe, den er erst am Morgen des Verhandlungstages erhalten hatte. Für den Fall, daß das Gericht eine Untersuchung des Geisteszustandes nicht für erforderlich halten sollte, beantragte er gegen die Angeklagten wegen Unterschande je drei Monate Gefängnis. Während der Beratung schloß der Staatsanwalt dem Gericht einen Zettel ins Beratungszimmer, in dem er erneut seine Bedenken vorbrachte. Die Vertreter der Sozialen Gerichtshilfe hat unterdessen mit der Gertrud gesprochen und neue Tatsachen festgestellt. Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen und Sanitätsrat Dr. Leppmann mit der Untersuchung des Geisteszustandes der Angeklagten zu beauftragen.

Die Soziale Gerichtshilfe, deren Teilnahme an den Schnell-schöffengerichtsfällen der „Vorwärts“ seit jeher forderte, hat sich in diesem Falle außerordentlich bewährt.

Der Räuber-Chauffeur festgenommen.

Der 38 Jahre alte Kraftwagenführer Bruno Bauer, der in der vergangenen Nacht seinem Jahrgast — einem Kaufmann — im Brunenwald 90 Mark geraubt hatte, konnte von Beamten des Grundbezirks in seiner Wohnung festgenommen werden. Bei seiner Vernehmung bestritt er zunächst jede Raubabsicht, gab aber

Dünengebiete um Berlin.

Wanderungen auf den Spuren der Eiszeit. — Wunder im Dünenlande.

Wenn man in Deutschland von Dünen spricht, so denken die meisten an die Gebiete der Frisischen Kühlung und Kurische Kühlung am Rande der Ostseeküste. Die Dünen dort sind durch den von der See her wehenden Wind entstanden und in ihrem Aufbau sowie in ihrer Form von den Binnendünen im Gebiete Berlins grundsätzlich verschieden. Dennoch wird man bei einer Wanderung in den Berliner Dünengebieten lebhaft an die Kurische Kühlung erinnert: Hier wie dort setzt der Wind den vom Pflanzenwuchs entblößten



Dünen bei Pichelswerder

Sand in Bewegung und schafft neue Landschaftsbilder, die stetem Wechsel unterworfen sind.

Eine der charaktervollsten Dünenlandschaften finden wir in der Nähe von Heiligensee. Hier steht etwas landeinwärts eine Düne, von deren Höhe man einen weiten Blick in die Umgebung genießt. Vor uns liegt das Berliner Dorf Heiligensee, der Heilige See selbst, im Hintergrund die Havel und die von Wald gesäumten jenseitigen Ufer. Auf der anderen Seite die Tegeler Forst mit ihrem bewaldeten Dünengelände. An windigen Tagen ist hier der Sand in Bewegung, so, wie es früher in den Röhbergen war, die erst durch die unter sozialistischer Leitung erfolgte Umwandlung in einen muster-gültigen Volkspark zur Ruhe gekommen sind. An den

schließlich zu, ihn um 50 Mark erleichtert zu haben. Der Kaufmann hätte ihm angeblich die Bezahlung der Fahrt verweigert, und aus diesem Grunde hätte er sich gezwungen gesehen, zu seinem Gelde gewaltsam zu kommen.

Der Kampf um die Schuld.

Wie es zur Verhaftung des Gattenmörders kam.

Die vielen Spuren, die die Mordkommission bei der Aufklärung des Frauenmordes in der Schönhauser Allee verfolgte, konnten bald zurückgestellt werden, da eigentlich nur ein einziger Mensch für die Tat in Frage kam: der Ehemann der Frau Bierhuf. In mühsamer Kleinarbeit sammelte die Kommission Beweismaterial gegen ihn und führte ihn gestern dem Untersuchungsrichter vor.

Zwischen Bierhuf und seiner Frau drehte es sich in erster Linie darum, wer von beiden bei der Scheidungsfrage die Schuld auf sich nehmen sollte. Bierhuf war es, der die Klage einreichte, weil ihm seine Frau angelich untreu war. Frau Bierhuf ihrerseits reichte später auch eine Klage ein. Sie hatte festgestellt, daß ihr Mann wiederholt Heiratsinzerate verfolgte und Anschlag an vereinsamte Frauen suchte. Als sie die bisher gemeinsame Wohnung in der Stallreiberstraße verließ, nahm sie V. eine Wirtschaftlerin. Mit keiner Frau verließ gleichzeitig die Küche die Wohnung, die bisher dort gewohnt hatte und über zwei Jahre hindurch von V. mißbraucht worden war. Der Ehemann hatte nun einmal versucht, seine Frau zu bewegen, die Schuld an den ehelichen Zerwürfnissen

Bezug dieses Dünengebiete, das seine eigenen Reize hat, kann man eine hübsche Wanderung über Sandhauen durch die Tegeler Forst nach Tegel anschließen. Sehr empfehlenswert ist auch ein Besuch des Freibades von Heiligensee.

II.

Eine andere unbewaldete Dünenlandschaft liegt im Südosten Berlins am Seddinsee: Der Gofener Berg. Er ist leicht mit der „Elettrischen“, Linie 86 und 186, zu erreichen. Die Bahn endet in Schmöckwitz. Dann wandern wir über die Schmöckwitzer Brücke, entweder am Ufer des Seddinses entlang und dann rechts am Spree-Oberkanal bis zu der rotgefärbtenen Brücke, oder auf dem direkt zu dieser Brücke führenden Fahrweg. Wir überschreiten die Brücke und erreichen nach einer Viertelstunde den Fuß des Gofener Berges. Hier kann man das Wirken des Windes besonders gut erkennen. Verschüttete Bäume, bloßgelegte Wurzeln erzählen von ihm. Jedes Grasbüschel dient hier als Sandfänger. Wer aufmerksam den Berg betrachtet, wird finden, daß auf der Höhe der grobe Sand liegt, während der feinkörnige vom Winde entführt wurde. Eine unter dem freien Himmelszelt aufgebauter Sichtungslage, ein guter Anschauungsunterricht für den Vorgang der Dünenbildung überhaupt. Es empfiehlt sich, von der Höhe des Gofener Berges über Golen und Neu-Zittau nach Ertner zu wandern und von hier die Heimfahrt anzutreten. Man kann natürlich auch nach Grünau wandern oder mit dem Dampfer zurückfahren.

III.

Von Rahnsdorf aus (Straßenbahnlinie 187) erreichen wir leicht das Gebiet der Püttberge. Von der Straßenbahnhaltestelle aus führt die Fürstenwalder und bald darauf die Höhen-zollernstraße mitten in dieses Dünengebiet, dessen sich in den letzten Jahren immer mehr die Siedlung bemächtigt hat. Auf der Höhe der Püttberge steht heute ein Denkmal zum Andenken an die Kriegsgesessenen. Hier handelt es sich wie bei den Gofener Bergen um Endmoränen, die im Ausgang der letzten Eiszeit entstanden sind. Diese Sandhügel sind auf den ebenen Talrand aufgesetzt worden und durch ihre Unfruchtbarkeit gekennzeichnet. Die Siedler sind hier um die Kulturarbeit, die sie leisten, wirklich nicht zu beneiden.

IV.

Sehr interessante Dünenbildung kann man in den Muggelbergen auf dem Gebiet der sogenannten Kanonenberge beobachten. Straßenbahnlinie 83 bis Bendenhölz, dann durch die Goethestraße zum Wald. Von hier in etwa einer Viertelstunde zu den Kanonenbergen, die früher Militärrübungsgebiete waren. Weitere Dünenbildungen lassen sich auf dem Pichelswerder und am Großen Fenster in der Nähe von Schwannenberg im Gebiet der Havel beobachten. Die Theorie der Dünenbildung ist bis heute noch nicht einwandfrei geklärt. Die Wissenschaft hat hier noch Probleme zu lösen. Wer offenen Auges durch die Landschaft wandert, wird immer neue Wunder finden, und sei es selbst im Dünenlande.

auf sich zu nehmen. Er schrieb das in einem Brief. Wäre er schuldig geschrieben worden, hätte er Miliente zahlen müssen. So kam es, daß er der Wirtschaftlerin gegenüber einmal die Aeußerung tat: „Wenn sie die Schuld nicht auf sich nimmt, dann muß sie eben dran glauben.“

Man vermutete, daß sich V. den verräterischen Brief an seine Frau zurückholen wollte, da er ihn bei der Klage belastet hätte. In diesem Kampfe um die Schuld ist Frau Bierhuf von ihrem Mann getötet worden.

Der Tote aus der Spree festgestellt.

Der unbekannte Tote, der mit Kopfverletzungen kürzlich vor dem Grundstück Köpenicker Str. 48 aus der Spree gezogen wurde, ist als ein 28 Jahre alter Arbeiter Leo Domansti festgestellt. Domansti wohnte in der Caprivistraße. Er hat am Sonntagabend seine Wohnung verlassen. Die genaue Todesursache muß erst die heutige Obduktion ergeben.

Der Tod aus den Wolken.

Fünf Menschen durch Blitze erschlagen, zwölf schwer verletzt.

Warschau und Umgebung wurden am Mittwoch nachmittag von einem außerordentlich heftigen Gewitter, das besonders im Bezirk Lukow wütete, heimgesucht. Durch Blitzzschläge fanden insgesamt fünf Menschen den Tod und weitere zwölf haben zum Teil sehr schwere Verletzungen davongetragen.

So schlug in dem Orte Granzowka der Blitz in eine Gruppe von acht Kindern ein, von denen eines sofort getötet und die übrigen sieben schwer verletzt wurden. Ebenso schlug der Blitz in der Nähe des Gutshofes Kujawy in einen Getreideschaber ein. Unter dem Dach des Getreideschobers befanden sich sieben Landarbeiter, die vor dem Regenguß dorthin geflüchtet waren. Zwei Landarbeiter erlitten den Tod und die fünf anderen mußten mit schweren Verletzungen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. In verschiedenen Gegenden sind große Mengen Erntegut vernichtet worden. An einigen Stellen sind Häuser durch Blitzzschläge in Brand geraten.

Tragödie im Dorf.

Drei Todesopfer nach einem Kinderfreit.

Bukarest, 5. August.

In der bessarabischen Gemeinde Skulany hat sich gestern eine entsetzliche Familientragödie abgepielt. Ein Einwohner hatte sich mit seiner Frau zu einer Hochzeit beggeben und seine drei Kinder, eine dreizehnjährige Tochter und zwei Söhne im Alter von 12 und 15 Jahren, zu Hause zurückgelassen. Zwischen den Brüdern entstand beim Spielen ein Streit, in dessen Verlauf der Ältere seinen Bruder mit einem Hammer erschlug. Die Schwester wurde beim Anblick der Leiche wahnsinnig. Als die Eltern zurückkehrten und das tote Kind fanden, verübte die Mutter in ihrer Verzweiflung Selbstmord. Der ältere Knabe, der inzwischen geflüchtet war, wurde später in einem Teich in der Nähe des Dorfes als Leiche aufgefunden.

Das Ehepaar Georg und Elise Grün bezieht am 8. August im Hofpital Bach-Platz das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit. Seit 25 Jahren der sozialdemokratischen Presse ist das Ehepaar Leser dieser Zeitschrift.

Verkracht bürgerliche Existenzen.

Prozesse um Nichtigkeiten.

Einst war er Major, jetzt ist er a. D. Abe ist auch ein Teil seiner bürgerlichen Moral. Er hat sich von Kempinski Sekt kommen lassen und nicht bezahlt. Das ist Betrug. Ueber ein Jahr ist darüber hinweggegangen, die 13 M. schuldet er heute noch.

Zwischen dem Angeklagten, dem Richter und dem Staatsanwalt entzünden sich folgende Dialoge: Wie können Sie sich in eine solche Lage bringen? Was machen wir nun mit Ihnen? Solche Dummheiten in Ihrem Alter. Haben Sie wenigstens die 13 M. schon bezahlt? — Nein. Am 10. August werde ich die Sache begleichen. — Haben Sie Beschäftigung? — Nein, ich bin berufslos. — Wie hoch ist Ihre Pension? — 300 M. monatlich. — Und da konnten Sie bis jetzt die 13 M. nicht bezahlen? — Meine Frau ist gestorben, das hat mich viel Geld gekostet. Dann war eines meiner Kinder lange krank. Der Vorsitzende zum Staatsanwalt: Sollen wir das Verfahren nicht einstellen, wenn der Angeklagte die Schuld begleicht? Staatsanwalt: Wenn es nachher aber nicht klappt? — Der Richter: Sie sind übrigens schon einmal wegen Betruges bestraft. Sie haben 100 M. Geldstrafe bekommen. Was war das? — Ich habe Geld geliehen und nicht zurückgegeben. — Sie haben auch einen Offenbarungseid leisten müssen, ein Teil Ihrer Pension ist gepfändet. Sie wollen also bezahlen? — Ja. — Wir werden die Verhandlung auf einen Monat vertagen. Begehen Sie uns bis zum

15. August die Ausgleichsquitung vor, so kann das Verfahren mit Zustimmung des Staatsanwalts eingestellt werden.

Einst war ihr Mann Besitzer eines der größten Berliner Restaurants, jetzt vermietet sie von ihren vier Zimmern zwei. Mit den 32 M. Wohlfahrtsunterstützung hat sie 100 M. zum Leben. Sie zählt 60 Jahre, habert nicht mit ihrem Schicksal und führt auch jetzt noch nach außen hin den Schein einer bürgerlichen Existenz. Sie steht zum erstenmal vor dem Richter. Wegen Diebstahls. 120 M. betrug der Wert der Himbeerflasche, die sie gestohlen haben soll. „Ich habe die Himbeerflasche nicht gestohlen.“ Doch, sie hat die Himbeerflasche gestohlen, sagt die Zeugin. Als sie an der Tür war, polterte etwas und eine Himbeerflasche fiel zu Boden, die ganz wo anders gestanden hatte. Ich verlangte, daß sie die Flasche bezahle, sie weigerte sich, da erstattete ich Anzeige. — Nein, ich habe die Flasche mit Himbeerjast nicht gestohlen. Ich hatte mein Reg mit Einkäufen bei den Himbeerjastflaschen hingestellt, eine blieb im Reg hängen, eine daß ich so gemerkt habe, an der Tür fiel sie zu Boden. — Sie müssen doch zugeben, daß das Ganze sehr eigenförmlich ist, meine der Richter. — Tut mir sehr leid, Herr Richter, wenn Sie mir das nicht glauben. Der Verteidiger vermittelt: die Angeklagte soll die 120 M. heute noch bezahlen, damit das Verfahren eingestellt werden kann. Sie bezahlt die 120 M. Auf Antrag des Staatsanwalts wird das Verfahren eingestellt.

Die große Leere.

Momentbilder aus Berlin. — Streifzug von Ost nach West.

Die Zuchtorte der Weltkriege hat in ihrem toten Wirbel das unterste zu oberst gekehrt. Fabriken und Werkstätten sind leergefegt, während auf Arbeitsämtern und Fürsorgestellen drangvolle Enge herrscht. Stätten, die vor zwei, drei Jahren noch Zeugnis ablegten für den Pulsschlag Berlins, scheinen wie ausgestorben.

Verfiegter Auswandererstrom.

Da war ein Auswandererhaas an der Ostseite des Silesischen Bahnhofs. Tag um Tag türmten sich dort die Kisten und Kisten, taufende litauischer, slowakischer und polnischer Bauernsteute traten von hier aus den Weg in die weite Welt an. Jetzt ist keine Maus mehr in dem geräumigen Saal. Man hat die große Leere benutzt, um den Saal neu herzurichten. Die Wände sind bordeauxrot gefärbt, die bunten Plakate der Schiffsahrtsgesellschaften, die den Auswanderer lockten, nicht mit der Konkurrenz in die neue Heimat zu fahren, hat man ins Feuer gesteckt und nur noch die glasumrahmten Bilder des Bremer Glocken sind für würdig befunden worden, von den Leuten aus der Balaschei und aus Böhmen betrachtet zu werden. Aber es ist niemand mehr da, der sie sich anschaut. Seitdem irgendein Kurssturz an der New-Yorker Börse geeignet ist, die Lebenshaltung baltischer Bauern zu erschüttern, ist der große Auswandererstrom verfiegt, und die Einwanderungsverbote der neuen Welt haben ein übriges getan, zumal dort drüben, wo der Kaffee ins Meer und der Weizen ins Feuer fliegt, selbst Scheiben trockenen Brotes rar geworden sind. So ist niemand mehr im Saal, der die Bekanntmachungen in jiddischer, russischer, polnischer und tschechischer Sprache liest, der hahn mit dem heißen Wasser für den Tee läuft nicht mehr, der Auswanderungsbeamte liest die Zeitung und auf die langen Tische, an denen einst Mütter saßen, die ihre Söhnchen säugten, hat man die Stühle und Bänke gestülpt.

„Connige Zweizimmer-Bohnung.“

Daß es 10- und 6-Zimmerwohnungen zu mieten gibt, ist kein Geheimnis, daß es Geschäftsräume und Läden zu mieten gibt, ist keine Neuigkeit, aber daß heute bereits Zweizimmer-Bohnungen kaum zu vermieten sind, das mag der Rede wert sein. In den Proletarierquartieren des Berliner Südostens hängt vor jedem Haus jenes rotschwarze Schild: „Zu vermieten“, Schilder, die die Jahrgänge 1914 bis 1930 nur vom Hörensagen gekannt haben. Eine wilde Konkurrenz hat sich dort aufgetan,

die erste Zweizimmer-Bohnung wird als sonnig angepriesen, von der zweiten wird der dazugehörige Balkon gelobt, die dritte hat noch eine große Kammer dazu und so geht es weiter fort. Große rote Plakate haben die Hauswirte, die mehrere Häuser besitzen, in den verschiedensten Stadtgebieten angeschlagen lassen, und auf diesen Plakaten preisen sie ihre Ein-, Zwei- und Dreizimmer-Bohnungen an zum regulären Preis und sofort beziehbar. Nicht einmal mehr die geheiligten Umzugstermine vom April und Oktober werden eingehalten, all diese Kleinwohnungen sind zum 1. September zu haben. Bis der letzte Groschen abgewohnt war, haben die alten Mieter in ihren Wohnungen ausgehalten, als es nicht mehr ging, sind sie fortgemacht, zum Verwandten, auf die Loubé, in die Siedlung oder gar ganz zurück in die alte Heimat. Und es ist ja auch klar: jetzt sind sie langsam bald alle in der Wohnfahrt, und wer da 8 oder 10 M. wöchentlich für die Seinen erhält, der kann keine Stadtmiete mehr zahlen, auch wenn die Wohnungen nur zwei Zimmer groß sind.

Der Blick zum Hafen

Dann gab es ein wunderschönes Blickfeld am Westrand der Stadt: Oben auf der Putiligbrücke mußte man stehen und hinunterschauen zum Westhafen, die große Ladestraße entlang, am Getreidespeicher vorbei, bis der Zollspeicher das Bild abschloß. Da war Leben. Ober in der großen Halle II des Hafens, die sich der Herr Henry Ford aus Detroit für seine Motor Company gemietet hatte. Da kamen in ununterbrochener Folge die Autoteile frisch vom Wasser in die Halle, ein paar Stunden lang ruckten sie übers Fließband, um am anderen Ende der Halle auf Glanz lackiert als neugebackene Autos das Tor zu verlassen. Das waren noch Zeiten. Heute sind die Tore verschlossen, in jener Halle wird nur noch dann und wann ein Lincolnwagen repariert; am Getreidespeicher geht ein Schiffer vorbei und meint, wenn er doch wenigstens einen Scheffel Getreide zu fahren hätte; auf dem großen Kieslagerplatz liegen ein paar häußchen Sand so niedrig, wie die Konkurrenturde des Bauwerkes niedrig verkauft, und wer dann weiter gehen wollte nach Pöhlensee zur Schleuse, dem wird der Schleusenmeister sein Klageklage anstimmen, wie er sich vor zwei Jahren noch Bräusen in den Kopf gerannt hat; bis in die Nacht gingen die Schleusen und jetzt kann er sich kein Pfelchen anstecken und muß warten, bis jemand ans Fenster pocht, der nach „Berlin oberhalb“ will.

Brücke zur Verständigung.

Schüleraustausch auch von Familie zu Familie.

Über Austauschverbindungen Berliner Kinder nach Frankreich und umgekehrt hat der „Vorwärts“ mehrfach berichtet. Die Berliner Schulverwaltung bewirkt diesen Austausch ganzer Klassen oder Schulgruppen.

Daneben wird mit bestem Erfolg seit Jahren vom Landes-Bahnfahrts- und Jugendamt der Stadt Berlin ein Schüleraustausch von Familie zu Familie durchgeführt. Dabei arbeitet die Stadt Berlin zusammen mit dem deutsch-französischen Schüleraustauschdienst in Stuttgart und mit der Deutschen Liga für Menschenrechte in Berlin. Auch in diesem Jahre nahmen 110 Berliner und die gleiche Anzahl französischer Schülerinnen und Schüler am Austausch von Familie zu Familie teil. Nachdem die Berliner Jugendlichen zunächst bei den französischen Familien aufgenommen wurden, kehren sie jetzt nach Ablauf der Ferien mit ihren französischen Austauschpartnern nach Berlin zurück. Beide Gruppen von Austauschschülern trafen am 3. August 1932 in Berlin, Bahnhof Friedrichstraße mit dem Zug 18.15 Uhr, ein.

Todesopfer des Fahrdammes.

Gestern nachmittag ereigneten sich eine Reihe von schweren Verkehrsunfällen, die zwei Todesopfer und mehrere Schwerverletzte gefordert haben. Vor dem Rathaus am Rudolf-Wilde-Platz in Schöneberg wurde die 75 Jahre alte Frau Auguste Höhne aus der Albertstraße in Schöneberg von einem in schneller Fahrt herankommenden Privatauto überfahren. Der Führer des Wagens klümmerte sich nicht um die Verletzte, hielt aber einige Straßenzüge weiter sein Fahrzeug an und ließ davon. Der Wagen, der vermutlich gestohlen worden ist, wurde sichergestellt. Die Schwerverletzte wurde sterbend ins St.-Nordert-Krankenhaus eingeliefert. — In Köpenick raste der 23jährige Motorradfahrer Willi Schwabler aus der Brangelstraße 86 mit seinem

Fahrzeug gegen einen Baum. Er stürzte so unglücklich, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Außerdem wurden fünf Personen, die unter die Räder von Autos und Motorräder geraten waren, schwerverletzt in die Krankenhäuser übergeführt.

Nächtliche Piratenjagd auf dem Wannsee.

In der Nacht zum Freitag kam es auf dem Wannsee zu einer aufregenden Jagd nach Havelpiraten. Klubangehörige des Akademischen Wassersportvereins bei Nikolassee verfolgten in einem Motorboot eine Piratenbande und konnten sie am Haveldeich bei Kladow überholen. Das Motorboot wurde zum Halten gebracht und ins Schlepptau genommen. Die Diebe wurden später der Kriminalpolizei übergeben. Es ist eine dreiköpfige Kolonne, die unter Führung eines 28 Jahre alten Johann Franke aus der Weinmeisterstraße in Berlin stand.

Scala spielt wieder.

Der Saisonbeginn der Scala erfüllt die hochgespanntesten Erwartungen. Ein ganzes Planetarium voller Sterne hat sich zusammengelassen, um ihn würdig zu begehren. Und alle werden angefangen von Adolf Gondrell, der die Wege der bisher üblichen Conference mit eigenen Einfällen vertauscht hat. Jeder aktuelle Witz ist scharf pointiert und schlägt ein. Und dann ist Claire Waldoff wieder einmal aus dem Kabarett ins Variété herübergewechselt. Mit den neuen Sachen ist es nichts, aber wenn die altbekannten Schlager an die Reihe kommen, die Schlager, die eben nur sie so singen kann, will der Beifall kein Ende nehmen. Ein Trapezkünstler mit nicht zu überbietendem Wagemut ist Enos Frazer Lucille Page mit ihrem Dinosaurius aus Pappel ist eine reizende akrobatische Tänzerin, das Ungeheuer aber, das sie nach amerikanischem Rezept trägt, kann sie sich hier ruhig schenken. Die Russkellonow Caroll, Porto und Carletto stellen ein Trio, das geladen ist mit den lustigsten Einfällen, und ein ebenso gutes Stepprio ist Falls, Reading und Boyce, die außerdem ganz hervorragende Parterreakrobatik ausführen. Mara

Fratt, eine italienische Opernfängerin, bringt ein paar Arien vollendet zu Gehör. Kuffie und Czech, ein Mann mit einer Pfeife, zeigt verblüffende Combotricks.

Explosion einer Erdölraffinerie.

Zehn Werksangehörige verletzt

Im Kompressorgebäude der Deutschen Erdölraffinerie (Deurag) in Misburg ereignete sich heute um 8 Uhr bei der Reinigung eines Benzolgascompressors eine Explosion. Durch Stichflammen erlitten zehn Werksangehörige Verletzungen. Zwei schwerer Verletzte mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Lebensgefahr besteht jedoch nicht. Das Feuer konnte in kurzer Zeit gelöscht werden.

Allgemeine Wetterlage.



Während der letzten 24 Stunden verlief das Wetter in ganz Deutschland wesentlich freundlicher als am Vortage. Der Himmel war teils wolkig, teils heiter, und es kam nur noch im Süden des Reiches zu einzelnen mäßigen Regenfällen. Die Temperaturen lagen aber weiterhin verhältnismäßig niedrig. Meist erhob sich das Thermometer nur wenig über 20 Grad Celsius. Ueber Mittel- und Westeuropa geht zur Zeit anhaltender schwacher Aufdruckanstieg vor sich. Damit kräftigt sich der nach Deutschland reichende Ausläufer des Hochs weiter, so daß wir für die nächsten beiden Tage mit ziemlich heiterem Wetter rechnen dürfen.

Wetterausblick für Berlin: Teils wolkig, teils heiter und am Tage etwas wärmer, keine nennenswerten Niederschläge, meist schwache Winde aus West bis Nordwest. — Für Deutschland, Ueberall mäßig warm und ziemlich heiter ohne wesentliche Niederschläge.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin.
Geschäftsstelle: RO. 41, Oststr. 1. Telefon: E 3 Königsplatz 1446.
Freitag, 12. August, 20 Uhr, in der Geschäftshalle Lichtbühnenort: „Der Brandenburg“ (für Jugendliche). Zahlreiche Erscheinungen in erwünscht. — Mitgliederversammlungen: Sonnabend, 6. August. Spandau: Lokal Garte, Lutherplatz 5. — Montag, 8. August. Reutbahn: Lokal Sauer, Panzerstr. 14. — Köpenick: Lokal Reiger, Schöneberger Straße. — Bohnsdorf: Lokal Helmman, Waltersdorfer Straße. — Weisensee: Lokal Behaer, Wilschstr. 28. — Dienstag, 9. August. Friedrichshagen: Lokal Sauer, Tücher Straße 17. — Wilhelmsdorf: Lokal Reiser, Schöneberg Str. 28. — Schöneberg: Lokal Garte, Oststr. 66. — Vermehren: Lokal Freiberger, n. Stein-Str. — Donnerstag, 11. August. Wedding: Lokal Bume, Schulstr. 109. — Pantow: Luisehain, Rillingenstraße. — Schöneberg: Schulgasse, Grünauer Str. 11. — Freitag, 12. August. Tiergarten: Lokal Palant, Köpenicker Str. 1. — Kottbus: Lokal Kopp, Am Urban 25. — Gieseler: Lokal Rohde, Köpenicker Str. 40. — Tempelhof: Lokal Rindisch, Köpenicker Str. 44. — Reutbahn: Lokal Hermannstr. 40. — Kreuzberg: Lokal Köhler, Offenbr. 109. — Köpenick: Lokal Seife, Kronprinzstraße. — Montag, 13. August. Jugend: Geschäftsstelle, Oststr. 4. — Dienstag, 14. August. Prenzlauer Berg: Schule Askaniensallee 41-43. — Montag, 22. August. Wilmersdorf: Sorbus Friedländerstraße. — Dienstag, 23. August. Witter: Schule Gipsstraße.

Weihnachtsfeierung ehem. Gefangenenlager, Gruppe Berlin, Norden 2. Sitzung jeden 1. Sonnabend im Monat bei Hempelich, Buchholmer Ecke Palmier Straße (20 Uhr). Nächste Sitzung Sonnabend, 6. August.



4 Zigaretten für 5 ¢

erhalten Sie einmalig gegen Abgabe nebenstehenden Gutscheins.
Sie haben dadurch Gelegenheit Orienta Stern 2 1/2 ¢
die gute deutsche Volkszigarette zu prüfen.

Gutschein Nr. 12 V. B.

Gültig bis 14. VIII. 1932

Gegen Abgabe dieses Gutscheins und Zahlung von 5 ¢ erhalten Sie in jedem Ligarngeschäft

4 „Orienta Stern“

im Werte von 10 Pfg. mit Gold- od. ohne Mdstick.

„Orienta“ Zigarettenfabrik.
G. m. b. H. * Dresden - A. 21.

Die Apotheke meldet sich.

Sieht man zunächst von den wissenschaftlichen und fabrikmäßig...

Wie steht es nun mit dem Verkauf der Arzneispezialitäten?

Damit sind wir bei dem dritten Aufgabengebiet des Apothekers...

Volkstudentenheim der sozialistischen Studenten.

Die Berliner Sozialistische Studentenschaft unterhält seit April...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind...

Arbeiterwohlfahrt.

Genossen, die einen gebrauchten Kleiderkasten zur Verfügung stellen...

- 2. Kreis Tiergarten. Wichtige Kreisvorstandssitzung heute...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Geschäftsstelle: Lindenstr. 2. Bezirk Friedrichshagen...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

96. Wkt. Am Dienstag, dem 2. August, verstarb nach langem...

97. Wkt. Unter Genosse Fritz Reichardt, Karl-Liebknecht-Str. 16...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat...

Funktionärkonferenz.

Montag, 8. August, 19:30 Uhr, im Sitzungssaal des Sozialistischen...

Die Berichtsbogen vom 2. Quartal müssen eingereicht werden...

Heute, Sonnabend:

Kreismpfang: Fahrt nach Zehnis. Treffpunkt 19:45 Uhr Bahnhof Gesund...

Morgen, Sonntag:

Kreiden: Fahrt. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen...

Theater, Lichtspiele usw.

Rose-Theater. Tapt & Tempo, Remos Comp.

Herzdame. Gartenbühne. Konzert u. Variete.

LUNA PARK. Heute Sonder-Vorstellung.

Restaurant Berlins. Betriebs Kempinski.

Bad Elster. Kurheim Villa Jugel.

Wintergarten. 8 Uhr 15. Flora 3434.

Blankenburg - H. (264 m), mildes Gebirgsklima.

Harzgerode. (409 m), der Höhenkurort des Osthazes.

JLSENBURG (HARZ). DER LUFTKURORT AM FUSSE DES BROCKENS.

Renard-Rennen Hoppegarten. HEUTE 3 1/2 RENNEN.

Einheitsverband d. Eisenbahner Deutschlands.

Ostseebad Heringsdorf. Herrlich am Park gelegen.

Parteigenossen finden freudl. Aufnahme.

Bad Lauterberg im Harz. Luft- und Wasser-Kurort.

WINDA (HARZ) 379 m. Badische mit Liegewiese.

Genossen, kommt an den Rhein! Pension Basquit.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todesanzeige.

Artur Zygalzky. am 21. Juli durch Selbstschuß sein Leben verlor.

Chre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag...

Lebensfreude durch die Kunst. Volksbühne E.V. Vermittelt die... 10 bis 11 Vorstellungen im Th. am Bülowplatz...

SAISON SCHLUSS-VERKAUF im Warenhaus am Oranienplatz. Kommen Sie, prüfen Sie. Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Die große funkillustrierte für das schaffende Volk: VOLKSFUNK. Reich illustrierter Textteil, mit großem Europaprogramm.

Und doch noch Heringsszoll?

Wirtschaftlicher Unfug und eine ungerechte Bedrückung der Ärmsten.

Die Reichsregierung trägt sich mit dem Plan, den Zoll auf Salzheringe von 3 Mark auf 9 Mark pro Faß zu erhöhen. Für den größten Teil der Verbraucher in Deutschland, die sich infolge des schwindenden Einkommens kein Fleisch mehr leisten können, bedeutet das eine unerträgliche Belastung. Darüber hinaus aber die andere Gefahr nicht hinweg, mit Hilfe des erhöhten Zolles Einkommens die deutsche Heringsfangflotte zu reorganisieren.

Die Regierung will zum Beispiel durch Zuschüsse den Bau deutscher Heringsslogger (Heringfangschiffe) in einem solchen Ausmaß forcieren, daß die deutsche Wirtschaft in zunehmendem Maße von der Heringseinfuhr unabhängig wird. Dieses Ziel ist natürlich, ebenso wie das andere Ziel, den stillliegenden Werften neue Aufträge zuzuführen. Entscheidend muß aber die Ueberlegung sein, ob die Verbraucher die neue Belastung ertragen können, und wie die Pläne der Regierung wirtschaftlich fundiert sind. Ueber den letzten Punkt, also über die wirtschaftliche Fundierung der Reorganisationspläne, macht die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, das Organ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine folgende Mitteilung:

Der Heringsszoll kann nur dort betrieben werden, wo sich die Heringsschwärme zeigen. Der Fang ist zeitlich und örtlich so begrenzt, daß Deutsche, Schotten und Holländer gleichzeitig auf den gleichen Fanggründen ihre Fangnetze auswerfen. Die Fangstellen in der Nordsee liegen im Sommer in der Nähe der schottischen Küste, in den späteren Monaten in der Nähe der englischen Küste und in den Herbst- und Wintermonaten an der norwegischen Küste. In diesen Ländern wird der Hering so schnell und so frisch an Land gebracht, daß er an Land von Frauen, also mit billigen Arbeitskräften, gefischt und gepackt werden kann.

Dagegen haben die deutschen Heringsslogger einen weiten Weg von den Fanggründen bis zu den Heimathäfen zurückzulegen. Ein solches Fangeschiff braucht vier bis sechs Wochen zu jeder Reise; deshalb muß der Hering schon an Bord von Männern gefischt und gefalzen werden. Im Heimathafen werden die Fische aus der Seepadung (Ranfies) herausgenommen und dann erst fortliert und gepackt.

Durch längere Inanspruchnahme der Schiffe für eine Fangreise und höhere Löhne ist die deutsche Heringsfischerei gegenüber der englischen jederzeit im Nachteil. Daher rührt auch die mangelhafte Rentabilität der deutschen Heringsfischerei trotz des Zolls und trotz der gezahlten Subventionen. Nach den Jahresberichten über die deutsche Fischerei hat die deutsche Heringsfischerei an Subventionen in fünf Jahren 3637300 M. in Form von Darlehen, Betriebsmittelkredit und in bar gefosset. Die Darlehen sind zwecks Befundung der Heringsfischerei fast völlig niedergefallen worden. An Fangprämien wurden zuletzt 2 M. je Faß gezahlt. Auch wenn weitere 30 Heringsslogger gebaut werden, kann die deutsche Fischerei bei weitem den deutschen Bedarf an Salzheringen nicht decken. Der deutsche Gesamtertrag in den Jahren 1929 = 242 465 Tonnen mit 136 Fahrzeugen, 1930 = 245 992 Tonnen mit 124 Fahrzeugen und 1931 = 317 000 Tonnen mit 118 Fahrzeugen.

Hingegen belief sich die Einfuhr ausländischer Salzheringe nach Deutschland noch im letzten Jahre auf 967 785 Tonnen; davon waren 528 127 Tonnen englisch-schottischer Herkunft.

Es ist schlechterdings unverständlich, daß die Regierung einen unrentablen Wirtschaftszweig auf Kosten der Steuerzahler ausbauen will, zumal auch bedacht werden muß, daß unser Handel mit England aktiv ist und England für über 500 Millionen Mark mehr Ware aus Deutschland einführt, als es nach Deutschland liefert. Der Heringsszoll kann daher die deutsch-englischen Handelsbeziehungen sehr zum Nachteil Deutschlands verschlechtern.

Die meisten Salzheringe werden in Deutschland zwischen Rassel und Breslau verzehrt — in den ärmsten Landstrichen mit der größten Arbeitslosigkeit. Wenn der Hering der armen Bevölkerung statt um 1/4 Pfennig um 1 1/2 bis 2 Pfennig das Stück durch Zölle verteuert wird, muß ein gewaltiger Rückgang des Konsums und damit eine Verschlechterung der Lebenshaltung der minderbemittelten Kreise und der Arbeitslosen eintreten. Einem großen Teil der Bevölkerung wird durch die Vertauierung dieses Volksnahrungsmittels der letzte Rest Fleischnahrung genommen. Daher muß gegen die Pläne der Regierung sowohl im Interesse der Verbraucher als auch aus ernährungswirtschaftlichen Gründen scharfsten Einspruch erhoben werden.

Ruhrbergbau gegen Junkerpolitik.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist betrübt darüber und macht scharf.

Junker und Schwerindustrie stehen innenpolitisch, wo es sich um die Förderung der sozialpolitischen Reaktion handelt, in einer Front, und sie haben sich dieses Bündnis bisher viel kosten lassen. Was die Schwerindustrie angeht, so hat diese bisher auch noch kein Wort gegen die übertriebenen Agrarforderungen zu sagen gemagt, wo ihre eigenen Interessen bedroht worden sind. Damit scheint es jetzt ein Ende zu haben.

Aus Kreisen des Ruhrbergbaus ist nämlich der Reichsregierung eine Eingabe überreicht worden, die mit besonderem Nachdruck auf die verhängnisvollen Folgen der Gestaltung der deutschen Butterzölle hinweist, die sich für die deutsche Kohlenausfuhr ergeben haben. Von 1929 bis 1931 sei die deutsche Kohlenausfuhr dem Werte nach von 1236 auf 837 Mill. Mark gesunken. Während die durch die Wirtschaftskrise verursachte internationale Schrumpfung des Kohlenverbrauchs im ersten Quartal 1932 gegenüber dem vierteljährligen Durchschnitt von 1929 nur 21,8 Prozent betrage, sei die deutsche Kohlenausfuhr in der gleichen Zeit um 40,4 Proz. gesunken. Auf das Jahr gerechnet, sei das ein Exportausfall von 7,8 Mill. Tonnen im Wert von 105 Mill. Mark und eine Arbeiterbeschäftigung von 25 000 Bergleuten.

Eine wesentliche Ursache dieses Rückgangs sei die holländische und italienische Verärgerung über den Butterzoll und die deutsche Devisenpolitik, die auch in Dänemark, Schweden und Norwegen festzustellen sei. Dabei müsse beachtet werden, daß außer der Tschechoslowakei deutsche Rohle in allen Ländern entbehrlieh sei. Zunahme der Arbeitslosigkeit und Verschärfung der Devisennot seien die Folge. Der Binnenmarkt könne durch die einseitige agrarische Politik niemals eine solche Besserung erfahren, daß die Industrie für die Ausfuhrverluste entschädigt werde.

Wir freuen uns, daß auch die Schwerindustrie allmählich zur Einsicht kommt. Wir nehmen ihr nicht übel, daß es der eigene Geldbeutel ist, der sie an das Gebot der Vernunft erinnert. Es ist aber interessant, was die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der junkerlichen Bettgenossen der Sozialreaktionäre von der Ruhr gegen das Aufkommen des Ruhrkohlenbergbaus zu bemerken hat. „Wir sind — offen gestanden — betrübt“, so heißt es, „gerade vom Ruhrkohlenbergbau derartiges zu erfahren, weil doch in diesem Wirtschaftszweig, der noch lange vor der Landwirtschaft in den Genuß von Devisen- und handelspolitischen Schutzmaßnahmen schürstester Art gekommen ist, am ehesten Verständnis für binnenwirtschaftliche Notwendigkeiten zu finden sein sollte.“ Sie tröstet sich mit der Behauptung, daß die Eingabe nicht direkt vom Kohlenindustrialkomitee ausgehe, und mit kaum verschleierte Hinweis auf den starken nationalsozialistischen Einschlag bei der Schwerindustrie weist sie darauf hin, daß in diesen Kreisen gerade in der letzten Zeit die Ueberzeugung von der Notwendigkeit betont binnenwirtschaftlicher Handelspolitik zusehends an Boden gewonnen habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ präsentiert also den Wechsel der reaktionären politischen Verbundenheit der Junker und der Schwerindustrie, um die aufmuckenden Kreise des Ruhrbergbaus zu zügeln.

Im übrigen meint die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Eingabe des Ruhrbergbaus auf die Entscheidung der Reichsregierung bezüglich der Verhandlungen mit Dänemark und Holland keinen Einfluß haben werde, was darauf schließen läßt, daß die „Deutsche Tageszeitung“ ihre Papenheimer kennt und was für die Schwerindustrie außerdem kein Lob ist; denn die Junker

schämen den Schwerindustriellen Einfluß bei der Reichsregierung offenbar doch viel geringer ein, als den ihren.

Verhandlungen mit Holland und Dänemark.

Amtliches in Kürze ohne Würze.

Amtlich wird mitgeteilt:

In den letzten Tagen haben mit holländischen und dänischen Regierungsvertretern in Berlin Besprechungen über eine Neuregelung der Buttereinfuhr nach Deutschland stattgefunden. Die Besprechungen haben ihr Ende erreicht. Die holländischen und dänischen Unterhändler sind zurückgereist, um ihren Regierungen über die letzten deutschen Vorschläge zu berichten.

Diese lakonische Erklärung der Reichsregierung läßt nicht viel Gutes erwarten.

Der Einzelhandel fordert...

Schon wieder ein Programm der Hauptgemeinschaft.

Der staunenden Öffentlichkeit unterbreitet die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels schon wieder eine Sammlung von „wirtschaftspolitischen Forderungen“. Man gewinnt nachgerade den Eindruck, als ob die sehr rührige Hauptgemeinschaft Angst hat, irgendwo den Anschluss zu verpassen. Neu sind diese Forderungen nicht gerade; nur ihre Zusammenfassung in einem Programm kann als einigermaßen tägh bezeichnet werden.

Der Spitzenverband des „privatwirtschaftlich geführten, festen deutschen Einzelhandels“ hält es für angemessen, die Betonung der Wirtschaftsfreiheit an die Spitze zu stellen. Es fört die Hauptgemeinschaft nicht, wenn dieses Prinzip der Wirtschaftsfreiheit mit einigen Forderungen schlechterdings nicht vereinbar ist. Das gilt schon bis zu einem gewissen Grade für das Verlangen, Sonderverkäufe und Sonderangebote gesetzlich zu beschränken und Zugaben völlig zu verbieten (es gab einmal eine Zeit, in der galt jede Reklame als unlauterer Wettbewerb). Ferner verlangt man ein Vorgehen gegen den Straßenhandel, gegen den Handel auf Wochenmärkten und Bahnhöfen, natürlich mit dem Ziel der Einschränkung. Die Errichtung von Einheitspreisgeschäften soll überhaupt für zwei Jahre verboten werden. Wirtschaftsfreiheit?

Daß man auf dem Gebiete des Steuerwesens viele (und zu einem Teil berechtigter) Wünsche hat, ist selbstverständlich. Unverständlich ist nur, daß man plötzlich eine Realbesteuerung auf Grund von Umsatz, Lohnsummen und Kapital anstatt auf Grund des Ertrages wünscht, während alle Interessenten bisher eine Abänderung in entgegengesetztem Sinne verlangten. Daß die freundliche Einstellung gegenüber den Verbrauchern (den breiten Massen) ihre Grenze hat, zeigt sich in dem Verlangen nach stärkerer Heranziehung der Bürgersteuer. Gegen die Konsumvereine werden die üblichen, längst widerlegten Argumente vorgebracht. Die endgültige Aufhebung der Hauszinssteuer soll beschleunigt durchgeführt werden — über die Wirkung auf die öffentlichen Finanzen schweigt man!

Aber öffentliche Finanzen: auch hier hält sich die Hauptgemeinschaft für befugt, in Schlagworten Änderungen zu verlangen, die einen jahrzehntelangen Umbau der deutschen Staats-

wirtschaft erforderten. Daß eine Musterhaushaltsordnung für die Gemeinden schon geschaffen ist, ist der Aufmerksamkeit der Hauptgemeinschaft entgangen. Es überschreitet aber jedes erlaubte Maß anläßlicher Kritik, den Gemeinden heute noch, nach einem geradezu vandalischen Abbau ihrer Aufgaben, „äußerste Sparmaßnahme“ zu empfehlen mit der in ihrer Allgemeinheit längst widerlegten Behauptung, sie wären besonders verschwenderisch mit öffentlichen Geldern umgegangen.

Es steht noch viel in diesem Programm. Um es allen recht zu machen, hat man die Gewerkschaftsforderung nach einem Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgenommen. Aber: „Der Arbeitsdienst ist als System der zu leistenden Arbeit anzuzuernden“ (der Leser erinnert sich — die Hauptgemeinschaft wünscht Wirtschaftsfreiheit! Aber nicht für die, die nur ihre Arbeitskraft „verkaufen“ können). Große Angst aber hat man, bei der Versorgung der „Arbeitswilligen“ (?) ausgehollet zu werden. Auch der Faschismus hat für die Hauptgemeinschaft angenehme Seiten; daher soll aus Reichsrat, Reichswirtschaftsrat und einer Ständevertretung der freien Berufe eine „Erste Kammer“ gebildet werden.

Man sieht, an alles hat die Hauptgemeinschaft gedacht. Nur, daß man sich durch zuviel Betriebsamkeit auch Schaden tun, daran hat sie nicht gedacht.

Politik und Kapitalmarkt.

Andauerndes Sinken des Pfandbriefumlaufs.

Die innenpolitische Unsicherheit und die Not der Sparer löst den Umlauf von Pfandbriefen und kommunalen Schuldverschreibungen ständig zurückgehen.

Im Juni wurden nur 18,2 Millionen Mark Pfandbriefe abgesetzt; der Umlauf hat sich aber durch Rückflüsse an die Hypothekendarbanken um 46,4 Millionen Mark verringert. An Kommunalobligationen wurden 1,2 Millionen Mark abgedeckt, der Umlauf verringerte sich durch Rückflüsse aber um 5 Millionen Mark. Während im ersten Halbjahr 1931 noch 378,3 Millionen Pfandbriefe mehr in Umlauf kamen, sankte sich im ersten Halbjahr 1932 der Umlauf um 147,4 Millionen Mark. Der Steigerung des Umlaufs von Kommunalobligationen um 88,9 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1931 stand im ersten Halbjahr 1932 ein Rückgang um 26,5 Millionen Mark gegenüber.

Pfandbriefe und kommunale Schuldverschreibungen werden nur in Fällen der äußersten Not oder großer politischer Unsicherheit verkauft. Jede Regierung müßte solche Zeichen als Anzeichen der Gefahr für ihre Politik betrachten. Die jetzige Regierung scheint das nicht nötig zu haben.

Millionenverlust bei Polyphton.

Abschreibungen unter Auflösung der Reserven.

Auch die Polyphtonwerte A.-G. Leipzig-Bahren, ist von der Ueberproduktion und dem Abjahrgang in Schallplatten derart betroffen worden, daß die außerordentlich hohen Reserven — im Vorjahre 9,6 Millionen Mark gleich 60 Prozent des Kapitals — in einem einzigen Jahre restlos draufgegangen sind. Noch für das Jahr 1930 hatte das Unternehmen aus einem Reingewinn von 2 Millionen Mark die hohe Dividende von 12 Prozent gezahlt. Das Jahr 1931 schließt mit einem Verlust von 4,5 Millionen Mark ab, der aus der Reserve gedeckt wird.

In der Erkenntnis, daß bei der Ueberkapazität der deutschen Schallplattenindustrie ein großer Teil des Kapitals verloren ist, entnimmt man dem Reservefonds weitere 5 Millionen Mark (es bleiben nur 0,2 Millionen Mark übrig), um Sonderabschreibungen auf Anlagen, Lager und Beteiligungen durchzuführen. Mit zwei Tochtergesellschaften, der Deutschen Grammophon A.-G. und der Kraft-Beckers & S. m. b. H., wird Polyphton fusioniert; die Firma von Polyphton wird dann in Deutsche Grammophon A.-G. geändert.

Eine dunkle Rolle spielt bei den Finanzgeschäften der Polyphtonwerte die Polyphton-Holding A.-G. in Basel. Diese Gesellschaft dient zunächst der Durchführung des Auslandsgeschäftes; sie scheint aber auch die Funktion eines der berühmtesten „Verkehrsbahnhöfe“ deutscher Gesellschaften für Finanzgeschäfte im Auslande (Verstecken von Gewinnen usw.) gehabt zu haben. Von der Polyphton-Holding wurden 4,5 Millionen Mark eigene Aktien erworben, so daß sich der Gesamtbesitz an eigenen Aktien auf 6,3 Millionen Mark stellt. Diese werden eingezogen, so daß sich das Kapital von 17 auf 10,7 Millionen Mark ermäßigt.

Lokomotivaufträge der Reichsbahn 1933.

Auf Grund des zwischen der Deutschen Reichsbahn und der deutschen Lokomotivindustrie bestehenden Lokomotivlieferungsvertrages ist für das Jahr 1933 die Beschaffung von 122 Dampflokotivlokomotiven vorgesehen, die einen Gesamtwert von 16,2 Millionen Mark darstellen. Von dem Gesamtauftrag sollen an Vörsig acht Schnellzuglokomotiven und neun Güterzuglokomotiven vergeben werden, an die Henschel u. Sohn 10 Schnellzuglokomotiven und 26 Personenzuglokomotiven, an Krauß u. Co. und J. A. Rassel München acht Lokalbahnlokomotiven, an die Maschinenfabrik Esslingen zwei Güterzuglokomotiven, an Krupp-Essen acht Schnellzuglokomotiven und zehn Personenzuglokomotiven, an Schichau-Göpping zwölf Güterzuglokomotiven, an Schwarzkopff-Berlin sieben Güterzuglokomotiven und zwölf Schmalspurlokomotiven, an die Lokomotivfabrik Jung-Sautenthal bei Siegen fünf Personenzuglokomotiven und an Orenstein u. Koppel-Berlin fünf Personenzuglokomotiven.

Die Betriebseinnahmen der Reichsbahn betragen im Juni 245,4 Millionen Mark, das sind 2,1 Millionen mehr als im Mai, aber 95 Millionen weniger als im Juni 1931. Die Ausgaben der eigentlichen Betriebsrechnung betragen 256,6 Millionen; die Gesamtausgaben betragen 322,7 Millionen. Das sind 77 Millionen Mark mehr als die Einnahmen im Juni. Seit Anfang d. J. haben die Ausgaben die Einnahmen um 47 Millionen überschritten. Die Gesamteinnahmen sind im 1. Halbjahr 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 530 Millionen Mark zurückgeblieben. Im Juni wurden insgesamt 609 988 Personen beschäftigt gegen 618 125 im Mai.

Hermann Meßger im Vergleichsverfahren. Die Gläubiger der Hermann Meßger Strumpf A.-G. haben sich auf einen Vergleich geeinigt, nachdem Forderungen bis 100 M. voll, die übrigen Forderungen mit 40 Proz. in Raten von je 5 Proz. befriedigt werden sollen. Je nach den Umständen soll eine Befriedigungsquote von 10 Proz. gezahlt werden.

